

6. Jahrgang  
Nr. 2 2004



Barmherzige Brüder Schönfelderhof

# Der Schönfelder

Eine Zeitung für Betreute, Mitarbeiter und Freunde

Einweihung des  
Dienstleistungs-  
und Betreuungszentrum (DBZ)

Impressionen  
St. Bernhards-  
Kirmes

Special  
Olympics  
Deutschland

Schönster  
Gemüsegarten



## Gesundheitsreform



# EDITORIAL

## SEHR GEEHRTE LESER,

Es vergeht mittlerweile kein Tag, ohne dass uns Neuerungen, Diskussionen und mehr oder minder konstruktive politische Auseinandersetzungen zu Hartz 1 ff. und Co. in sämtlichen Medien begegnen. Die Informationsvielfalt sowie die Menge an Vorschlägen und Gegenvorschlägen für neue Reformen und verbesserungswürdige Konzepte ist für viele Menschen sicherlich schwer zu erfassen und zu verarbeiten. Wir wissen, dass Überinformation dazu führt, dass das Interesse, sich mit dem jeweiligen Sachverhalten auseinander zu setzen, abnimmt; sicherlich noch verstärkt durch die gleichzeitig stattfindenden Grabenkämpfe der politischen Parteien.

Somit entsteht leider eine Desensibilisierung dafür, dass gesetzliche Neuerungen wie das Gesundheitsmodernisierungsgesetz Auswirkungen auf die existentielle Sicherung vieler Menschen haben. Insbesondere handelt es sich hierbei um diejenigen, die nur ein niedriges Einkommen haben, bzw. auf finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen sind.

Für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen wird z.B. durch die Zuzahlungsregelungen der Zugang zu Behandlung und therapeutischen Maßnahmen nachhaltig erschwert. Neben den möglicherweise da heraus resultierenden schwerwiegenden Folgen für die seelische Stabilität und Gesundheit der Betroffenen, ist fraglich, ob durch solche Maßnahmen im nachhinein tatsächlich Kosten eingespart werden können. Wir als Redaktion möchten dazu beitragen, ein wenig Klarheit im Informationsdschungel zu schaffen und Sensibilität für das Thema herzustellen.

## Die Redaktion

Zum Jahresende bedanken wir uns für jede wohlwollende Unterstützung und wünschen allen „Schönfelder-Lesern“ trotz oder gerade wegen der dunklen Jahreszeit viele Lichtblicke und einen guten Übergang in ein hoffentlich erfolgreiches nächstes Jahr.

## Die Redaktion

## IN DIESER AUSGABE:

Doppeltes Jubiläum auf dem Schönfelderhof

Buchtip: Trialog praktisch

Betreute stellen sich vor

## Titelthema: Gesundheitsreform

Erweiterung des Gemeindepsychiatrischen  
Betreuungszentrums in Hermeskeil



## IMPRESSUM

Herausgeber: Barmherzige Brüder Schönfelderhof,  
54313 Zemmer, Fon: 0 65 80/912-0;  
Fax: 0 65 80/912-111  
e-mail: info@bb-schoenfelderhof.de

Redaktion: Peter Mossem, Wolfgang Junker, Roland  
Weber, Manfred Ehlich, Nadine Olk, Ulrike  
Schmid, Marion Weber

Fotos: Peter Mossem, Wolfgang Junker, Roland  
Weber, Marion Weber, Ulrike Schmid,  
Otmar Löhner, Arnold Möseler

Titelfoto: Peter Mossem, Wolfgang Junker  
Foto Innenseite: Elke Barg  
Foto Rückseite: Heike Pick

Verantwortlich: Peter Mossem  
e-mail: p.mossem@bb-schoenfelderhof.de

Layout: **ensch**:media, Trier  
Druck: Druckerei Ensch GmbH, Trier

Auflage: 2000

Erschein.: halbjährlich

Manuskripte an: jedes Redaktionsmitglied

Eingesendete Manuskripte, die veröffentlicht werden, dürfen unter Beibehalten des Aussagegehaltes gekürzt werden. Namentlich gekennzeichnete Artikel und Leserbriefe müssen nicht mit der Meinung von Redaktion und Herausgeber übereinstimmen.



# Betreute stellen sich vor

## Arnold Nolles

### **Herr Nolles, Sie wohnen seit einem Jahr in Trier in der Kaiserstraße. Wo haben sie vorher in Ihrem Leben gewohnt?**

Ich bin 1966 in Waldrach geboren. Bis ich 20 Jahre alt wurde habe ich bei meinen Eltern gelebt. Diese waren Bauern und Winzer.

### **So war Ihre Jugend auch von der Landwirtschaft geprägt?**

Ja, ich und meine zwei Geschwistern haben mitgeholfen wo wir konnten. Im Stall, im Garten beim Auspressen von Obst und Trauben. Am liebsten habe ich im Garten gearbeitet, da haben mir die Kräuter und Sonnenblumen am besten gefallen. Manchmal habe ich Bohnen an die Nachbarn verkauft.

### **Wo lebten Sie danach?**

Bis ich zum Schönfelderhof kam wohnte ich vierzehn Jahre in einem Heim in Nunkirchen. Dort war ich auch in der WfB. In der Küche. Das hat mir am meisten Spaß gemacht.

Auf dem Schönfelderhof hat es mir nicht so gut gefallen. Der ist so abgelegen, es ist dort schwierig zum Arzt zu kommen, oder auch mal Einkaufen zu gehen.

### **Anschließend sind Sie nach Trier gezogen, sind Sie Ihrer Heimat noch verbunden?**

Ja, hier bin ich näher an meinem Heimatort. Ich fahre viel mit dem Bus oder Zug durch die Lande. Gerolstein, Bitburg, Konz, Saarburg, Hermeskeil und auch ins Saarland.

### **Sie machen viele Ausflüge; haben Sie weitere Hobbys?**

Auf meinen Ausflügen sammle ich Pfandflaschen. Die Leute schmeißen Unmengen Glas, Plastik und Dosen weg, auf denen Pfand ist. Die sammle ich bei meinen Rundfahrten ein und bringe sie in die Geschäfte zurück. 20,- bis 30,- Euro Pfand bekomme ich jede Woche zusammen.

### **Was tun Sie mit dem Geld?**

Ich lese viel, Gesundheitszeitschriften und Arzneibücher. Außerdem kaufe ich mir gesundes Essen, das mir schmeckt.



*Arnold Nolles in seinem Zimmer.*

### **Zum Beispiel?**

Paprika Schoten mag ich, Sellerieknollen und Rettich esse ich gern. Auch Kartoffelpuffer. Mein Lieblingsgetränk ist Kräutertee.

### **Was wünschen Sie sich für die Zukunft?**

Vor allen Dingen Gesundheit. Das es mir weiterhin möglich ist so zu leben wie jetzt.

*Das Interview führte Roland Weber*

# Mitarbeiter stellen sich vor

## Rebecca Strauck

### Seit wann arbeiten Sie auf dem Schönfelderhof und wo sind Sie zurzeit im Einsatz?

Seit August 2003 arbeite ich auf dem Schönfelderhof. Zurzeit bin ich in der Ergotherapie im Einsatz, wobei meine Aufgabe die Strukturierung des Offenen Treffs ist.

### Welches Bild hatten Sie vom Schönfelderhof und hat sich mittlerweile daran etwas geändert?

Der Schönfelderhof stellte für mich eine Einrichtung dar, in der Menschen mit einer psychischen Erkrankung eine Heimat finden. Durch meine Arbeit erkannte ich, dass die Menschen nicht nur dort leben, sondern auch dort arbeiten, intensiv betreut und ihrer Behinderung entsprechend gefördert werden.

### Wie beurteilen Sie die dezentrale Entwicklung des Schönfelderhofes hin zu einem Anbieter von gemeindenahen Dienst- und Betreuungsleistungen?

Der Aufbau der Gemeindepsychiatrischen Betreuungszentren, das betreute Wohnen und die Außenwohngruppen stellen nach meiner Meinung die richtige Entwicklung dar. Den Bewohnern wird damit eine aktive Teilnahme am Leben in der Gemeinde, sowie das Führen eines eigenständigen Lebens ermöglicht.

### Warum haben Sie sich für die Heilerziehungspflege-Ausbildung (HEP) entschieden?

Bereits während meiner Schulzeit absolvierte ich ein freiwilliges Praktikum in den WEW Hermesdorf. Die Arbeit mit Menschen mit Behinderungen bereitete mir dabei schon sehr viel Freude. Ein „Freiwilliges Soziales Jahr“ (FSJ) gab mir dann die Gewissheit, dass eine Ausbildung zur Heilerziehungspflege das Richtige für mich wäre.

### Wie bewerten Sie die Begleitung/Anleitung durch den Schönfelderhof während Ihrer Ausbildung?

Meine Ausbildung gestaltet sich sehr abwechslungsreich. Der Einsatz in verschiedenen Bereichen ist sehr interessant und lehrreich. Außerdem werden auf dem Schönfelderhof Lehrgänge/Seminare angeboten, die den HEP's ein umfassenderes Wissen vermitteln, was in anderen Ausbildungsstätten oft nicht angeboten wird.



Rebecca Strauck im Offenen Treff.

### Wie soll es für Sie nach dem erfolgreichen Abschluss der HEP-Ausbildung weitergehen? Gibt es schon Zukunftsperspektiven?

Mein Traum wäre es, dass ich dann vom Schönfelderhof übernommen werde.

### Welche Hobbys pflegen Sie?

Die „DLRG“, Pfadfinder (Betreuung von Kleinkindern), Lesen und Spaziergänge sind wichtige Bestandteile meiner Freizeit.

### Welche Musik mögen Sie?

Das ist je nach Stimmung und Laune sehr unterschiedlich.

### Welches Thema ist zurzeit neben der Ausbildung für Sie von Interesse?

Die Jugendarbeit bei den Pfadfindern und bei der „DLRG“.

Das Interview führte Peter Mossem

# Impressionen zur St. Bernhards-Kirmes



Unsere Brüder sind doch sehr sportlich!

Hüpfburg macht einfach Spass.

**SCHÖNFELDERHOF. Im August feierten die Barmherzigen Brüder vom Schönfelderhof wieder ihre traditionelle St. Bernhards-Kirmes – ein Fest für Kinder und Familien.**

Die St. Bernhards-Kirmes ist traditionell eine familien- und damit kinderfreundliche Veranstaltung, die alle zwei Jahre stattfindet.

Nach einem von Pastor Bernd Seibel zelebrierten und vom Saffiger Chor musikalisch gestalteten Festhochamt spielte der Musikverein Orenhofen zum Sektempfang. Danach hatten die kleinen Gäste die Qual der Wahl zwischen Ponyreiten, Kletterwand, Hüpfburgen, Kindertheater, Spielständen, Streichelzoo, Kutschfahrten, Verlosung und vielem mehr. Die älteren Jahrgänge nutzten ausgiebig das reichhaltige Angebot der Cocktailbar am Weiher, informierten sich bei den Mitgliedern der Coaching-Gruppe und des Heimbeirates über deren Arbeit oder hörten den Musikbands „Frame in Green“, „Bau-Group“, „Wild Willy and his Ghostbusters“ und den „Hunsrücker Nachtschwärmern“ zu.

Peter Mossem

Aller Anfang ist schwer!

Fred Olk im Gespräch mit Mitgliedern der Coaching Gruppe.

Eine Kutschfahrt die ist lustig ...

Ein Lebkuchenmann für Br. Linus.

Die Hunsrücker Nachtschwärmer sorgten für musikalische Unterhaltung.

Auch das Melken war ein Hit.

Musikeinlage bei der Cocktailbar am Weiher.

Ob der „Kleine“ beim Drehen des Glücksrades auch Glück hat?

Der Streichelzoo war ein Renner!



# Schönster Gemüsegarten

## Ein grünes Wunder

**BITBURG.** Dies ist zumindest die Meinung aller Bewohner, Besucher und Betreuer des Gemeindepsychiatrischen Betreuungszentrums (GPBZ) Bitburg.



*Garten auf dem begrün-  
ten Dach der Tiefgarage.*



*Von Maria Pflügers Garten  
frisch auf den Tisch.*

Jeder, der zum ersten Mal hinter das Haus in der Kölnerstr. 33 kommt, ist völlig verblüfft. Denn hier, auf dem begrün-ten Dach der Tiefgarage, wo man allenfalls Rasen oder Unkraut vermutet, gedeihen auf wenigen Quadratmetern Bohnen, Tomaten, Zucchini, Salate aller Arten, Gurken, Kräuter und Kohlgemüse.

Zu verdanken ist dieses „grüne Wunder“ den geschickten Händen von Maria Pflüger, Bewohnerin des GPBZ. Schon in ihrem Heimatort blickte manche Nachbarin neidisch über den Zaun ihres Gartens, und im Dorf war man sich einig: unter Maria Pflügers grünem Daumen gedeiht einfach alles. Jetzt profitieren die Besucher der Tagesstätte vom Talent der Hausgärtnerin. Alles, was reif ist, landet tagesfrisch geerntet auf dem Mittagstisch. Schließlich juckt es Maria Pflüger bereits in ihrem grünen Daumen, die nächste Generation Herbstgemüse und Wintersalat zu pflanzen, damit der Erntesegen weit bis in die kalte Jahreszeit reicht.

Die Tagesstättenbesucher und Mitarbeiter bedanken sich ganz herzlich bei Maria Pflüger und wünschen sich, dass ihr die Freude am Gärtnern noch lange erhalten bleibt.

*Marion Weber*

# Jubiläumsjahr in der Bäckerei

## 10 Jahre: Bäckerei in den St. Bernhards-Werkstätten

## 50 Jahre: Michael Daun



*50 Jahre Michael Daun: Ist  
der noch jung geblieben.*

Aus diesen Gründen trafen wir uns am 7. Juni in der Bernhardsklause zur großen Jubiläumsfeier.

Unser Bäckermeister Gert Mertes bereitete zur Feier des Tages ein Vier-Gänge-Menü zu. Zu unserem Erstaunen mussten wir feststellen, dass auch Bäcker sehr gut kochen können.

Ein herzliches Dankeschön an Vera Schumacher und Luzia Leis für ihre spontane Bereitschaft an dem gelungenen Abend mitzuhelfen.

Nach dem Essen verbrachten wir noch einige Zeit in fröhlicher Runde. Wir waren uns darin einig, dass auch das 11. Jubiläumsjahr gebührend gefeiert werden muss.

*Gaby Blum*



*Zehn Jahre Bäckerei: Nach dem Vier-Gänge-Menü waren  
alle geschafft.*

# Lob von Bundeskanzler Schröder

## Arnold Möseler und die Köche-Nationalmannschaft im Kanzleramt



Es war ein stilvoller Ausklang nach anstrengenden, aber erfolgreichen Wettkampf-Tagen: Im Anschluss an die IKA-Olympiade der Köche in Erfurt folgten die Deutsche Nationalmannschaft der Köche und die Deutsche Jugend-Nationalmannschaft der Köche einer persönlichen Einladung von Gerhard Schröder ins Berliner Kanzleramt.

◀ Bundeskanzler Gerhard Schröder und Arnold Möseler

# Werkstätten-Tag in Erfurt



Ein imposantes Tagungsgebäude: Die Messe Erfurt.

Vom 15.-17. September 2004 fand der 10. Werkstätten-Tag in Erfurt statt. Rund 1.600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten sich zum Thema „Unsere Werkstätten. Arbeit. Bildung. Förderung: Zukunft für alle“ in zahlreichen Arbeitsgruppen aus.

Parallel dazu trafen sich die Werkstatträte, Vertrauenspersonen und andere Interessierte bei der Vierten Zukunftskonferenz der Werkstatträte unter dem Motto: „Wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen. Meine Forderungen an Arbeit, Bildung und Mitwirkung in meiner Werkstatt.“



Die „Delegation“ der St. Bernhards-Werkstätten vor der Messe Erfurt.

## Notizzettel

Haben Sie Interesse, eine Werbeanzeige im Schönfelder zu platzieren?

Rufen Sie Peter Mossem an: 06562-3453

## Peter-Friedhofen-Fest 2004

**Am 23. Juni 2004, dem 20. Jahrestag seiner Seligsprechung, wurde auf dem Schönfelderhof das Fest zu Ehren des Peter Friedhofen gefeiert.**



*Die Liturgie-Gruppe des Schönfelderhofes bei den Fürbitten.*

Aus diesem Anlaß fand in der Peter-Friedhofen-Halle ein Gottesdienst unter Leitung von Weihbischof Leo Schwarz statt.

Peter Friedhofen ist Begründer des Ordens der Barmherzigen Brüder von Maria Hilf. 1819 in Weitersburg bei Koblenz geboren, übte er zuerst in Ahrweiler und 1842 in Vallendar den Beruf des

Schornsteinfegers aus. In mehreren Pfarreien begründete er Aloysiusbruderschaften und sammelte „Barmherzige Brüder“ um sich, mit denen er sich der Krankenpflege widmete. 1860 starb er in Koblenz. Am 23.06.1985 wurde er von Papst Johannes Paul II. in Rom selig gesprochen.

Weihbischof Schwarz dankte den Barmherzigen Brüdern, dem Träger und allen, die auf dem Schönfelderhof arbeiten, für ihr Werk und erinnerte an alle kranken Menschen, die dort eine Heimat gefunden haben.

Er stellte seine Predigt vor allem unter das Motto: „Jeder muß dienen mit der Gabe, die er empfangen hat.“ Nach dem Gottesdienst waren alle Beschäftigten und Bewohner des Schönfelderhofes in die Bernhardsklause eingeladen, um den Festtag des Peter Friedhofen zu feiern.

*Manfred Ehlich*



*Weihbischof Schwarz beim Gottesdienst.*

## Buch-Tipp: Trialog praktisch

**Psychiatrie Erfahrene, Angehörige und Professionelle gemeinsam auf dem Weg zur demokratischen Psychiatrie**

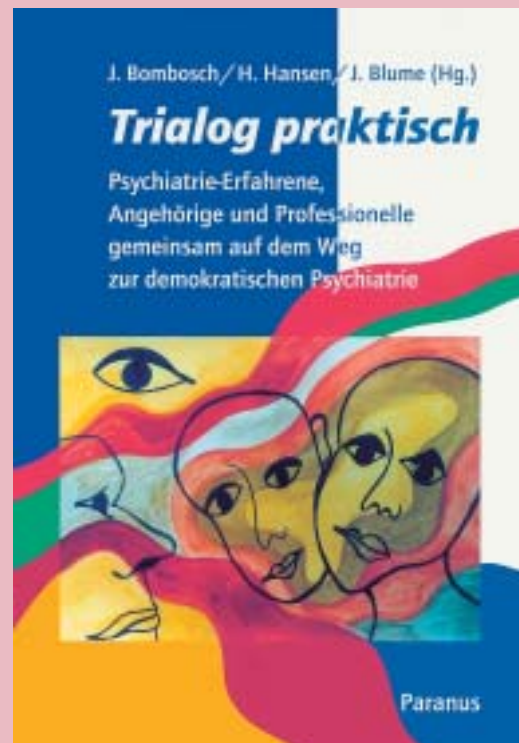
Die Psychoseseminare haben es vorgemacht und tragen die Idee des Trialogs nun schon seit fünfzehn Jahren in die psychiatrische Landschaft.

„Na logisch – trialogisch!“ lautet das neue Motto der „aufgeklärten“ Psychiatrie-Erfahrenen, Angehörigen und Professionellen – natürlich redet man miteinander, natürlich sind alle selbstbestimmt, natürlich wird gleichberechtigt verhandelt ... Wirklich?

Dieses Buch geht auf die Suche: Wo und wie wird heute der Trialog in der deutschen Psychiatrie praktisch – und wo und weshalb eben (noch) nicht? Was erleben die Beteiligten, was tun und fordern die Verbände, was sagen die Kritiker? Und wie soll die Zukunft aussehen?

Denn: Die Reise zur trialogischen Psychiatrie hat erst begonnen!

*Wolfgang Junker*



Von: J. Bombosch, H. Hansen und J. Blume  
Paranus Verlag, ISBN: 3-926200-57-X

# Zur Gesundheitsreform

**Bericht einer Betroffenen:** Seit Anfang des Jahres war ich gezwungen, von meinem wenigen Geld die Zuzahlungen zu Arztbesuchen und Medikamenten zu zahlen. In den Jahren vorher war ich von der Zuzahlung befreit. Da ich dazu kein Geld hatte holte ich erst meine Medikamente nicht mehr von der Apotheke ab. Dadurch ging es mir auch besser. So ging ich später auch nicht mehr zum Arzt. Nach einigen Wochen ging es mir aber immer schlechter. Bis es mir so schlecht ging, dass ich im Juni von meiner Familie in Krankenhaus gebracht wurde. Hier wurde ich nochmal neu mit Tabletten eingestellt. Bis ich entlassen werden konnte vergingen sieben Wochen. Und erst seit September geht es mir wieder so gut wie vorher. Gespart habe ich dadurch kein Geld da ich im Krankenhaus auch zuzahlen musste.

## Was halten Sie von der neuen Gesundheitsreform?

### O-Töne aus dem Wohnbereich und aus der WfbM

Ich finde die neue Gesundheitsreform unmöglich. Sie trifft wieder die armen Menschen, denn die meisten reichen Menschen sind privat versichert. Sie führt dazu, die bereits bestehende Zwei-Klassen-Gesellschaft weiter auszubauen.

Ich finde die neue Gesundheitsreform ungerecht, weil sie immer zu Lasten des Mittelstandes geht. Menschen, die genügend Geld besitzen, sind eh privat versichert. Es ist eine teure Angelegenheit.

Ich finde die Praxisgebühr vollkommen o.k. Wegen immer weniger Beitragszahlern und steigenden Ausgaben bei den Medikamenten musste die Regierung handeln und das Gesundheitswesen reformieren. Es trifft aber die sozial Schwachen am stärksten, z.B. können sich Familien mit vielen Kindern teure Medikamente oft nicht mehr leisten.

Die neue Gesundheitsreform bedeutet für alle nur Durcheinander und greift Sozialfällen wieder tief in die Tasche. Typisch Regierung.

Eigentlich finde ich es sinnvoll, einen gewissen Eigenbeitrag zu leisten. Jedoch gestaltet es sich schwierig für Menschen, die wenig finanzielle Mittel haben. Es bedeutet einen wesentlich größeren Aufwand bei Verwaltungstätigkeiten; somit erhöhte Kosten für die Krankenkassen und auch den Staat. Alles wesentlich komplizierter.

Es bedeutet zu viel Aufwand und zu viel unnötigen Schreibkram. Ämter und Krankenkassen kommen mit der Arbeit kaum noch hinterher. Unnötige Mehrarbeit für alle Beteiligten.

Man muss halt in den sauren Apfel beißen, damit wir uns unser Gesundheitssystem überhaupt noch leisten können. Mancher nutzt dann vielleicht zunächst Hausmittel und rennt nicht wegen jedem Wehwechen zum Arzt. Sonst haben wir bald Zustände wie in den USA.

Ich muss für meine Medis deutlich mehr zuzahlen als vorher, da hatte ich eine Befreiung. Einige werden vermutlich seltener zum Arzt gehen. Die Ärzte selbst kann man für die Praxisgebühr aber nicht verantwortlich machen.

Die Leidtragenden sind die mit wenig Geld, also die Armen und Alten. Die gehen deshalb oft nicht mehr zum Arzt. Man sollte das Geld eher von denen nehmen, die genug davon haben.

Nadine Olk und Ulrike Schmid

# Wann kann man von den gesetzl. Zuzahlungen bei Arzneimittelkosten und Praxisgebühr befreit werden?

Seit dem 1. Januar 2004 können sich Patienten, die seit mindestens einem Jahr wegen derselben Erkrankung wenigstens je einmal pro Vierteljahr zum Arzt mussten, auf Antrag teilweise von den Arzneimittelkosten und der Praxisgebühr befreien lassen. Die Belastungsgrenze beträgt 2%, bei schwerwiegend chronisch Kranken 1% des Jahresbruttoeinkommens.

### Als schwerwiegend chronisch krank gilt:

1. wenn eine Pflegebedürftigkeit der Pflegestufe II oder III nach dem zweiten Kapitel SGB XI vorliegt.
2. wenn ein Grad der Behinderung von mindestens 60 Prozent nach § 30 Bundesversorgungsgesetz (BVG) oder eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 60 Prozent nach § 56 Abs. 2 SGB VII vorliegt. Eine Kopie des Schwerbehindertenbescheides ist für die Antragstellung erforderlich.
3. wenn eine kontinuierliche medizinische Versorgung (ärztliche oder psychotherapeutische Behandlung,

Arzneimitteltherapie, Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln) erforderlich ist, ohne die nach ärztlicher Einschätzung eine lebensbedrohliche Verschlimmerung der Erkrankung, eine Verminderung der Lebenserwartung oder eine dauerhafte Beeinträchtigung der Lebensqualität der durch die Krankheit verursachten Gesundheitsstörung zu erwarten ist.

Der Antrag auf Befreiung muss jedes Jahr neu gestellt werden. Sobald im Jahr die Belastungsgrenze erreicht ist, kann der Antrag bei der zuständigen Krankenkasse gestellt werden. Überschreitungen der jeweiligen Belastungsgrenze werden dann ausgezahlt. Gleichzeitig wird das Befreiungskärtchen ausgehändigt. Man kann aber genauso den Antrag am Jahresende stellen und bekommt dann die über zwei Prozent bzw. ein Prozent des Familienbruttojahreseinkommens liegenden Gebühren und Kosten zurückerstattet.

*Manfred Ehlich*

## Informationen zu den Zuzahlungen für Leistungen der Krankenkasse

Seit 2004 ist der Kassenpatient verpflichtet, bis zu der ihm möglichen, oder eigentlich auch nicht möglichen Belastungsgrenze, Zuzahlungen für die von ihm benötigten Kassenleistungen zu zahlen. Die Möglichkeit sich davon befreien zu lassen ist bei Erreichen dieser definierten Belastungsgrenze möglich. Der Mehraufwand für Verwaltung, der notwendig ist um die Befreiung von Zuzahlungen der Menschen mit geringen Einkommen zu beantragen ist sowohl für die Krankenkassen, Ärzte, Apotheken und Betreuungspersonal von Sozialeinrichtungen erheblich höher als der eingesparte Geldbetrag auf Seiten der Krankenkasse. Somit macht die Zuzahlung für diese Menschen, zumindest aus volkswirtschaftlicher Betrachtung, keinen Sinn.

### Zuzahlungen für Krankenkassen-Leistungen:

- Praxisgebühr pro Quartal  
**10 Euro**
- Arznei und Verbandmittel  
**10% der Kosten, mind. 5 Euro, max. 10 Euro**
- Krankenhausbehandlung  
**10 Euro pro Tag, max. 28 Tage**
- Fahrtkosten, Soziotherapie, Haushaltshilfe  
**10% der Kosten, mind. 5 Euro, max. 10 Euro**

*Roland Weber*

## Wichtige Bausteine der Hartz-Gesetze im Überblick:

**HARTZ I:** Erstes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, beschlossen am 23.12.2002; inzwischen in Kraft getreten und veröffentlicht in BGBL I Nr. 87 vom 30.12.2002, Seite 4607 ff.

### - Personal-Service-Agenturen (PSA)

Jede Agentur für Arbeit muss eine PSA (Leiharbeitsfirma) einrichten oder beauftragen; dorthin überweist die Agentur Arbeitslose verschiedener Qualifikation, die von der PSA als Leiharbeiter vermittelt werden sollen.

### - Änderung im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz AÜG (Leiharbeit).

Equal pay und equal treatment (Leiharbeitnehmer muss vom ersten Tag an dasselbe Entgelt erhalten wie der vergleichbare Festbeschäftigte im entleihenden Betrieb) außer, der Tarifvertrag regelt anderes; ein bundesweiter Tarifvertrag ist mittlerweile abgeschlossen.

### - Änderung Teilzeit- u. Befristungsgesetz TzbfG

Sachgrundlose Befristungen sind ab dem 52. Lebensjahr zulässig (Regelung gilt bis Ende 2006).

### - Änderung Arbeitslosenhilfeverordnung

Reduzierung des Schonvermögens in der Arbeitslosenhilfe von 520 Euro auf 200 Euro pro Lebensjahr; Höchstbetrag gesenkt von 33.800 Euro auf 13.000 Euro.

**HARTZ II:** Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Beschlossen mit Hartz I am 23.12.2002; inzwischen in Kraft getreten und veröffentlicht in BGBl I Nr. 87 vom 30.12.2002, Seite 4621 ff.

- **Ich-AG / Existenzgründerzuschuss**  
Ein Arbeitsloser, der sich selbständig machen und damit aus der Arbeitslosigkeit herauskommen möchte, erhält von der Bundesagentur für Arbeit eine Förderung in Höhe von 600 Euro monatlich im ersten Jahr, 360 Euro monatlich im zweiten Jahr und 240 Euro monatlich im dritten Jahr; es findet keine Prüfung des Geschäftsplans statt.
- **Faktische Aufhebung Scheinselbständigengesetz** Vermutungsregel des § 7 Abs. 4 SGB IV ist ersatzlos gestrichen.
- **Mini-Jobs**  
Es sind wieder geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bis 400 Euro monatlich „brutto für netto“ möglich; Arbeitgeber zahlt 25 % pauschal, geringfügige Beschäftigung kann wieder als Nebenjob ausgeübt werden, zentrale Einzugsstelle für Sozialabgaben und Steuer.  
(Bundesknappschaft in Cottbus)

**HARTZ III:** Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Beschlossen am 23.12.2003; überwiegend seit 2004 in Kraft. Veröffentlicht in BGBl I Nr. 65 vom 27.12.2003, Seite 2848 ff.

- **Bundesagentur für Arbeit** ist nicht mehr für Schwarzarbeitsbekämpfung zuständig; sondern Zoll.
- **Änderung bei Arbeitslosengeld für Saison-Arbeitnehmer** künftig Anspruch auf Arbeitslosengeld erst nach 12 Monaten versicherungspflichtiger Beschäftigung innerhalb einer Frist von 2 Jahren; bisher galten 6 Monate Beschäftigung innerhalb Rahmenfrist von 3 Jahren.
- **Änderung bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM).** Beide Typen werden zu einer einheitlichen Maßnahme zusammengefasst; künftig entfallen Versicherungspflicht und damit Anspruch auf Arbeitslosengeld.
- **Änderung beim Arbeitslosengeld.**  
Der pauschale Abzug der Kirchensteuer bei der Berechnung des Arbeitslosengeld entfällt.
- **Versch. Organisationsvorschriften für BA.**

**HARTZ IV:** Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, das neue SGB II. Beschlossen mit Hartz III und dem Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt am 24.12.2003; Inkrafttreten am 1.1.2005. Veröffentlicht in BGBl I Nr. 66 vom 29.12.2003, S. 2954 ff.

- Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem Arbeitslosengeld II (Alg II). Die Zusammenlegung der beiden Leistungen erfolgt auf dem Niveau der Sozialhilfe.
- Die Bundesagentur ist Trägerin der neuen Leistung, insbesondere für die passiven Geldleistungen (Lebensunterhalt) sowie die Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt; die Kommunen (Landkreise und kreisfreie Städte) sind Träger im Hinblick auf die Unterkunftskosten und die psychosozialen Dienste; beide „sollen“ in Arbeitsgemeinschaften zusammenarbeiten; daneben wurde eine Optionsklausel vereinbart, wonach Kommunen sämtliche Aufgaben aus Hartz IV in Eigenverantwortung übernehmen können; die nähere Ausgestaltung erfolgt durch das am 30.6.2004 im Vermittlungsausschuss beschlossene kommunale Optionsgesetz.
- Die Finanzierung der neuen Leistung erfolgt aus Steuermitteln durch den Bund; die Unterkunftskosten werden von den Kommunen finanziert; diese erhalten allerdings einen finanziellen Ausgleich durch den Bund, um ihre hieraus entstehenden Mehrbelastungen auszugleichen. Einzelheiten werden ebenfalls in dem kommunalen Optionsgesetz geregelt.
- Die Sicherung des vollen Lebensunterhaltes ohne Kürzung bleibt bestehen für den, dem keine Arbeit angeboten werden kann.
- Der Staat ist verpflichtet, Jugendlichen unter 25 Jahren unverzüglich eine Arbeit, Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit anzubieten.
- Der Schutz des Vermögens wurde verändert.
- Die Hilfebedürftigen sind künftig renten- und krankenversichert.
- Veränderte Hinzuverdienstmöglichkeiten
- Eine Beweislastumkehr wurde festgeschrieben, das heißt, der Hilfeempfänger muss einen wichtigen Grund für die Ablehnung einer angebotenen Arbeit nachweisen und nicht das Amt die Zumutbarkeit der Arbeit.
- Es findet eine stufenweise Kürzung des Lebensunterhalts statt für den, der eine angebotene Arbeit ablehnt.
- Zumutbar ist wie heute in der Sozialhilfe jede Arbeit, sofern der Hilfebedürftige hierzu geistig und körperlich in der Lage ist und die Arbeit nicht, z.B. wegen Dumpinglohns, sitten- oder gar gesetzwidrig ist.

**Quelle:** CDU/CSU, Berlininfo der 27. KW 2004

### GESETZ ZU REFORMEN AM ARBEITSMARKT:

Beschlossen mit Hartz III und Hartz IV am 24.12.2003; veröffentlicht in BGBl I Nr. 67 vom 30.12.2003, Seite 3002 ff.

- **Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds;** Anspruch auf Arbeitslosengeld grundsätzlich höchstens 12 Monate; für über 55jährige höchstens 18 Monate (Regelung gilt ab 1.1.2006 wegen Vertrauensschutz); Änderungen Kündigungsschutzgesetz (KüSchG) Begrenzung der Kriterien zur Sozialauswahl auf Dauer der Betriebszugehörigkeit, Lebensalter, Unterhaltspflichten des Arbeitnehmers und Schwerbehinderung; Leistungsträger müssen in Sozialauswahl nicht einbezogen werden; Abfindungsanspruch, der im Zeitpunkt der Kündigung entsteht, wenn Arbeitgeber es anbietet und Arbeitnehmer auf Kündigungsschutzklage verzichtet; Erhöhung des Schwellenwertes von 5 auf 10 Arbeitnehmer bei Neueinstellungen.
- **Änderung im Teilzeit- u. Befristungsgesetz (TzBfG)** Existenzgründer können in den ersten vier Jahren befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund für die Dauer von vier Jahren abschließen.
- **Änderung im Arbeitszeitgesetz** (wegen EuGH-Urteil zu Bereitschaftsdienst von Ärzten) Bereitschaftsdienst gilt künftig als Arbeitszeit; Tarifvertragsparteien können Arbeitszeit künftig auf über 10 Stunden täglich erhöhen, wenn darin regelmäßig Bereitschaftsdienst enthalten ist; bis zur Dauer von 12 Monaten können die Überstunden abgebaut werden.



# Leben in Würde

## Von Günter Mosen

**Zwei Themen dominierten in den ersten Wochen im diesjährigen Sommerloch die Diskussion: Der Gesetzgeber hat das vierte Hartzgesetz (SGB II) auf den Weg gebracht, und im aufsehenerregenden Mannesmannprozess wurden Manager vom Vorwurf besonders schwerer Untreue – was genau betrachtet heißt: Selbstbedienung in der Höhe von 60 Millionen Euro aus der Unternehmenskasse – freigesprochen. Moralische und ethische Fragen in unternehmerischen Entscheidungen habe das Gericht nicht zu beurteilen, hieß es – doch selbst Bundestagspräsident Thierse findet für diesen Vorgang nur die Worte: „schlicht unanständig“.**

Hartz IV lässt mit verfassungswidrigen Ansätzen die Verletzung des 1. Artikels im Grundgesetz, nämlich das Leben des Menschen in Würde, erkennen: Arbeitszwang, Negierung der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte (wie in Art. 12 des Grundgesetzes garantiert) und Absenkung des Arbeitslosengeldes II unter die Armutsgrenze. Die Ergebnisse dieser Debatten, die harten Fakten, bekommen nicht die Manager, nicht die Politiker zu spüren, sondern diejenigen, die um ihre Arbeitsplätze bangen und die, die keinen Zugang zum Arbeitsleben erhalten. Der besondere Zynismus dieser Diskussion: Noch sind die Arbeitsmöglichkeiten, in die das Heer der neuen ALG II-Empfänger vermittelt werden soll, nicht zu erkennen.

Ein drittes Ereignis lässt in diesem trüben Sommer etwas Hoffnung aufkommen: die Belegschaft von Daimler-Chrysler hat sich in einer gemeinsamen Aktion nicht ohne Erfolg gegen den Erpressungsversuch gewehrt, einseitig Einsparungen hinzunehmen oder die eigenen Arbeitsplätze in Gefahr zu sehen.

Es ist nicht zu weit hergeholt, wenn ich meine, dass wir uns mit den Themen des Werkstattentages genau im Spannungsfeld dieser Diskussion befinden. Ich meine die Themen der Ethik, des selbstbewussten politischen Engagements und als Ergebnis davon oder als Überschrift: die Zukunft der Werkstätten als Teil des Arbeitsmarktes.

Ethik, daran hat auf unserer Präsidiumsklausur auch der Präsident des Diakonischen Werkes, Dr. Jürgen Gohde, erinnert, gehört zu den harten Unternehmenszielen. Allein über die Ökonomie oder gar den Nutzen ist der Mensch nicht zu definieren. Wenn die liberale Marktwirtschaft – trotz gegenteiliger verbaler Beteuerung – sich davon entfernt, muss dies in den Werkstätten ganz oben stehen. Das beginnt schon damit,

wie wir von dem Personenkreis sprechen, der in unseren Werkstätten beschäftigt ist. Ich werde nicht müde einzufordern, dass wir uns von dem überholten Begriff „Behinderte“ zu trennen haben. Die obsolet gewordene Kategorisierung und Zuordnung von Menschen in bestimmte Gruppen steht den individuellen Bedürfnissen des einzelnen Menschen diametral entgegen. Ausgangspunkt unseres Engagements ist nicht „der Behinderte“, sondern der Hilfe- oder Unterstützungsbedarf des Menschen. Ich gehe davon aus, dass jeder Mensch den Wunsch hat, sinnvoll zu leben und sich positiv in die Gemeinschaft einzubringen. Ihn dazu zu befähigen, verlangt alleine schon seine Würde, die er als Mensch hat – und die ihm nicht erst zugeschrieben wird. Unsere Werkstätten haben mit ihrem Bildungsauftrag nicht nur die Verpflichtung zur Befähigung dazu in Form von beruflicher Bildung – und zwar nicht nur im Berufsbildungsbereich, sondern auch noch im Arbeitsbereich und in den Förderstätten – sondern es gehört auch zu ihren Kernkompetenzen. Bildung ist nicht nur gesetzlich zugesichertes Recht, sondern sie gibt dem Menschen die Würde zurück, die ihm ohne Bildungsangebot schlichtweg abgesprochen wird.

Bildung beschränkt sich aber nicht nur auf die in unseren Werkstätten beschäftigten Menschen mit psychischen, mentalen, körperlichen Eigenheiten, sondern hat auch die im Blick, die zu ihrer Unterstützung assistieren. Noch immer gibt es keine bundeseinheitliche Prüfungsverordnung für Fachkräfte für Arbeits- und Berufsförderung, und manche Länder weigern sich hartnäckig, eine solche zu installieren oder die Vorgaben des Bundes umzusetzen. Hier müssen wir uns deutlicher positionieren und unsere Positionen auch einfordern.

Aus Angst vor neuen Wegen dürfen wir uns bei unserem politischen Engagement nicht einschränken lassen. Im Gegenteil: Noch mehr als bisher werden wir unsere Positionen offensiv vertreten. Der Dialog, den wir mit den politisch Verantwortlichen immer schon geführt haben, wird, wo immer es nötig ist, auch die Mittel des Streits nicht ausschließen. Dabei bleibt die Sicherung des Erreichten eines unserer wichtigsten Ziele. Sicherung des Erreichten ist jedoch nicht mit Systemerhalt gleichzusetzen. Wenn die Prämissen stimmen, dass die Befähigung und die Öffnung der Zugänge zum Arbeitsleben unsere Kernkompetenzen sind, und dass weiterhin der Hilfebedarf des einzelnen Menschen und nicht eine willkürlich definierte Menschengruppe Ausgangspunkt unseres Handelns ist, dann folgt daraus, dass wir unser System dynamisieren, d.h. für einen größeren Personenkreis werden öffnen müs-

sen. Nach seinem Klageruf „Wenn das (Hartz IV) scheitert, bin ich gescheitert“, sucht Wirtschaftsminister Wolfgang Clement nun ganz offensichtlich den Schulterchluss mit Anbietern, die er sonst gerne außen vor lässt: „Ich vermute, dass wir für zehn bis 20 Prozent der Langzeitarbeitslosen, vielleicht auch für mehr, Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsgelegenheiten bei Wohlfahrtsverbänden, Stiftungen oder ähnlichen Einrichtungen benötigen. Das muss vor Ort geschaffen und Hand in Hand mit den lokalen Arbeitsagenturen geregelt werden.“ Wir müssen in diese Richtung weiter denken und einen weiteren Personenkreis im Blick haben, für den wir gesellschaftlich relevante Arbeit organisieren und ihn in diese vermitteln.

Um auf diesem Weg politisch Zukunft zu gestalten, bedarf es einer ehrlichen und ernstgemeinten Einbeziehung. Die bei uns beschäftigten Menschen sind nicht länger die Almosenempfänger, für die andere Hilfeleistungen konzipieren und wieder andere die Kosten dafür absegnen oder sie viel öfter nicht mehr übernehmen. Sie sind Anspruchsberechtigte mit individuellen Bedarfen und dem Recht, ihre Ansprüche zu artikulieren und zu Gehör zu bringen. Nur noch mit ihnen zusammen (und auch ihren Eltern oder Angehörigen) dürfen wir nach Wegen suchen, ihren Wunsch nach Persönlichkeitsförderung, nach Vielfalt, nach freier Berufswahl, nach Bildung und Arbeit Wirklichkeit werden zu lassen.

Einbeziehung meint aber auch, dass wir zur Umsetzung unserer politischen Ziele und Forderungen auf die Unterstützung und Zusammenarbeit unserer Träger, der Landesarbeitsgemeinschaften, der Verbände und Fachverbände und der uns nahe stehenden Bundesarbeitsgemeinschaften bauen. Nur durch eine solche konzertierte Aktion werden wir uns dem Leitsatz des Werkstätentages annähern, für dessen Umsetzung wir bereit sind zu kämpfen: „Unsere Werkstätten. Arbeit. Bildung. Förderung. Zukunft für alle.“

Aus: **WERKSTATT : DIALOG, 5.2004**



*Günter Mosen, Geschäftsführender Vorstand des Barmherzigen Brüder Trier e.V.; Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft: Werkstatt für behinderte Menschen (BAG:WfbM)*

# Wir mischen uns ein!

## Brief des Heimbeirates an Mitglieder des Bundestages

**29. Dezember 2003: Wir, die zu betreuenden Menschen finden es schade, dass Sie uns unsere Zusatzbarbeträge streichen wollen. Wir werden schon im Jahr 2004 mit den Zuzahlungen von der Krankenkasse (z.B. Praxisgebühr, Rezeptkosten etc.) belastet.**

Wenn das so weiter geht, wie Sie das wollen, können sich einige von uns, insbesondere die Älteren und Jüngeren, die nicht mehr arbeiten können, gewisse Dinge nicht mehr leisten (z.B. Ferienfreizeiten, Freizeitaktivitäten wie zum Beispiel Kino, Kegelabende usw.).

Eigentlich sollen Menschen mit einer Behinderung gleichgestellt sein und somit auch die Möglichkeit haben, an dem allgemeinen und öffentlichen Leben teilhaben zu können. Viele werden in der Zukunft das nicht mehr machen können, weil ihnen die Mittel dazu fehlen. Der Beitrag von 88,80 Euro reicht dazu nicht aus. Viele von uns stellen schon ihre Rente zur Deckung

der Kosten zur Verfügung und leisten somit ihren Beitrag. Wir sind bereit, einen angemessenen Beitrag zu leisten. Aber die Streichung des Zusatzbarbetrages ist für uns nicht tragbar. Finanzielle Not von behinderten Menschen wäre die Folge davon, und sie würden noch mehr an den Rand der Gesellschaft gedrängt und als Menschen zweiter Klasse abgestempelt. Wir behinderten Menschen wünschen uns, dass Sie uns gegen diese drohende Missslage helfen, damit unsere Menschenwürde erhalten bleibt. Bitte setzen Sie sich für unsere Belange ein.

Mit freundlichen Grüßen

Gabi Blum

Heimbeiratvorsitzende des Schönfelderhofes

*(An: Ulrike Höfken, Bernhard Kaster, Dr. Elke Leonard, Karl Diller und Peter Rauen)*

*Peter Mossem*

## Mitglieder des Deutschen Bundestages antworten auf den Brief des Heimbeirates

### **14. Januar Bernhard Kaster:**

Sehr geehrte Frau Blum, haben Sie Dank für Ihr Schreiben vom 29. Dezember 2003. In den letzten Tagen erreichen mich eine Fülle von Briefen und E-mails, die sich alle kritisch mit der Gesundheitsreform der Bundesregierung auseinandersetzen. Auch für Ihren Hinweis der Streichung der Zusatzbarbeträge bin ich Ihnen sehr dankbar.

Ich bin mir sicher, dass in den nächsten Wochen noch kontroverse Diskussionen geführt werden müssen, um Härtefälle auszuschließen. M.E. gilt das auch in besonderer Form für unsere behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger, deren Belange mir immer ein besonderes Anliegen waren. Sobald ich Ihnen hier etwas Neues mitteilen kann, werde ich mich unaufgefordert wieder mit Ihnen in Verbindung setzen.

### **23. Januar Peter Rauen:**

Sehr geehrte Frau Blum, vielen Dank für Ihren Brief, in welchem Sie die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Heimbewohner des Schönfelderhofes kritisieren.

Um mich mit den Einzelheiten der von Ihnen geschilderten Situation vertraut zu machen, habe ich Ihr Schreiben zunächst an die Arbeitsgruppe Gesundheit und

Soziale Sicherung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion weitergeleitet.

Mir ist durchaus bewusst, dass der Reformkompromiss, dem ich nur als Kompromiss, nicht aber in allen Einzelheiten zustimmen konnte, zu vielen Härtefällen führt. Dies gilt auch für die Streichung des Zusatzbarbetrages, den Sie in Ihrem Brief ansprechen.

Über die Stellungnahme der Arbeitsgruppe werde ich Sie nach Erhalt informieren und in der Sache auf jeden Fall mit Ihnen in Kontakt bleiben.

### **5. März Peter Rauen/Andreas Storm:**

Sehr geehrte Frau Blum,

in der Anlage übersende ich Ihnen die Stellungnahme des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Storm:

Das bisherige System der Zuzahlungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) war intransparent und durch Uneinheitlichkeit sowie teilweise schwer begründbare Ausnahmetatbestände gekennzeichnet. Unter den am GKV-Modernisierungsgesetz beteiligten Parteien bestand daher Einigkeit darüber, dass dieses System ersetzt werden muss durch einfache, nachvollziehbare und konsistente Regelungen.

Im GVK-Modernisierungsgesetz ist deshalb geregelt, dass künftig alle volljährigen Versicherten bei jeder Leistungsanspruchnahme zulasten der GKV mit Ausnahme bestimmter Vorsorgemaßnahmen grundsätzlich eine Zuzahlung zu leisten haben. Zugleich ist gewährleistet, dass Zuzahlungen nur nach Maßgabe der individuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu erbringen sind: Niemand muss mehr als zwei Prozent seines Bruttoeinkommens zuzahlen, für chronisch Kranke reduziert sich diese Grenze auf ein Prozent. Eine generelle Befreiung für bestimmte Gruppen von Versicherten ist ausdrücklich nicht vorgesehen, einziges Befreiungskriterium ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Versicherten.

Dabei wird grundsätzlich auf das Bruttoeinkommen abgestellt, so dass Lebenshaltungskosten u.ä. außer Betracht bleiben müssen. Eine Heranziehung des Nettoeinkommens würde bei der überwiegenden Mehrzahl der Versicherten zu einem nicht akzeptablen Verwaltungsaufwand bei den Krankenkassen und den Versicherten selbst führen, weil dann – ähnlich wie im Einkommensteuerrecht – die verschiedensten Tatbestände wie z.B. Werbungskosten, außergewöhnliche Belastungen oder besondere Freibeträge Anwendung finden müssten. Unzählige Rechtsstreitigkeiten über die Berechnung des „tatsächlich verfügbaren Einkommens“ wären vorprogrammiert, wie die Erfahrung mit entsprechenden Entwicklungen im Steuerrecht zeigt.

Eine Ausnahmeregelung dergestalt, dass z.B. nur bei Sozialhilfeempfängern in Heimen bei der Ermittlung der Belastungsgrenze statt des Bruttoeinkommens der tatsächlich ausgezahlte Barbetrag herangezogen wird, würde unweigerlich zu neuen Ungerechtigkeiten gegenüber anderen Versicherten führen, die trotz einer vergleichbaren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit weiterhin mit dem vollen Bruttoeinkommen herangezogen würden. Auch in diesem Fall wäre mit langwierigen Prozessen und einer entsprechenden Verunsicherung bei den Betroffenen zu rechnen.

Bei Sozialhilfeempfängern – hierzu zählen auch Empfänger in Heimen – gilt deshalb als maßgebliches Einkommen der Regelsatz des Haushaltsvorstandes, so dass maximal knapp 70 Euro pro Jahr an Zuzahlungen

geleistet werden müssen. Handelt es sich um einen chronisch kranken Sozialhilfeempfänger, beträgt die Höchstbelastung weniger als 35 Euro – dies entspricht der Zuzahlung bei zwei Arztbesuchen und bis zu drei Arzneimittelverordnungen. Wenn während des Jahres die Belastungsgrenze erreicht wird, muss die Krankenkasse eine Bescheinigung darüber ausstellen, dass der Versicherte für den Rest des Jahres von allen weiteren Zuzahlungen befreit ist.

Der Gesetzgeber hat bereits ein vereinfachtes Verfahren aufgezeigt, das unnötige finanzielle Belastungen der Heimbewohner vermeidet und das insbesondere für altersverwirrte Menschen ohne fremde Hilfe kaum mögliche Sammeln der Zuzahlungsbelege entbehrlich macht. Demnach kann der Sozialhilfeträger zu einem mit der Krankenkasse zu vereinbarenden Zeitpunkt den Zuzahlungsbetrag von gut 70 bzw. 35 Euro an die Krankenkasse überweisen, wenn absehbar ist, dass die Belastungsgrenze bereits innerhalb kurzer Zeit erreicht wird. Der versicherte Heimbewohner erhält dann zu Jahresbeginn eine Befreiungsbescheinigung und muss sich nicht um das Sammeln der Zuzahlungsbelege kümmern. Der Zuzahlungsbetrag wird ihm vom Sozialhilfeträger monatlich vom Taschengeld abgezogen, so dass letztlich eine Belastung von sechs bzw. bei einem chronisch Kranken drei Euro pro Monat eintritt.

Über ein solches vereinfachtes Verfahren finden derzeit Gespräche zwischen den Verbänden der Sozialhilfeträger und den Verbänden der Krankenkassen statt. Den Beteiligten vor Ort (Krankenkasse und Sozialhilfeträger) stehen auch weitere Möglichkeiten offen, um pragmatisch und mit gesundem Menschenverstand Vereinbarungen zu treffen, die der besonderen Situation von Heimbewohnern Rechnung tragen.

Durch die genannten Regelungen ist gewährleistet, dass niemand durch Zuzahlungen wirtschaftlich überfordert und von medizinisch notwendigen Leistungen abgehalten wird. Auch wenn derzeit kein Anlass zu einer Änderung der gesetzlichen Vorgaben besteht, werden die Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen in der Praxis selbstverständlich sehr genau zu beobachten sein, um gegebenenfalls notwendige Anpassungen vornehmen zu können.

*Peter Mossem*

## Kommentar zu den Abgeordnetenbriefen: Reformen auf Kosten der sozial Schwachen

So wie Gabi Blum sich wegen der Streichung der Zusatzbarbeträge für die Heimbewohner, die noch nicht gestrichen worden sind, bei den Bundestagsabgeordneten eingesetzt hat, ist die Reaktion auf das Schreiben eher dürftig. Die Damen und Herren der großen Regierungspartei antworteten erst gar nicht. Herr Peter Rauen von der CDU leitete Frau Blums Anliegen weiter an den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Gesundheit und Soziale Sicherung“ seiner Fraktion. Die Antwort des Vorsitzenden, MdB Andreas Storm, gab er Frau

Blum zu Kenntnis: Zuzahlungen bei den Arzt- und Arzneimittelkosten auch für sozial Schwache seien gerechtfertigt. Hingewiesen wurde auf die betragsmäßig geringe Belastung der Heimbewohner.

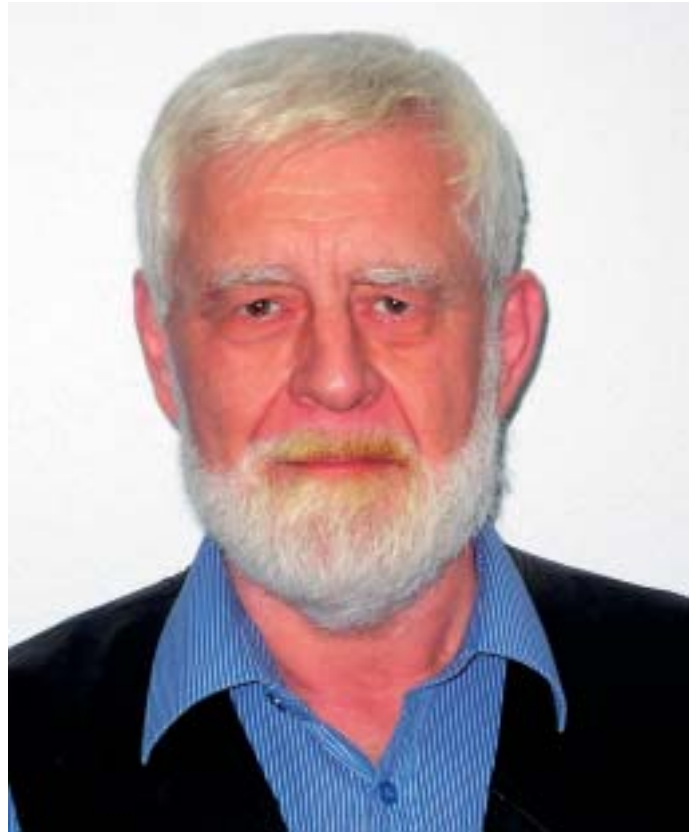
Aber bei einem monatlichen Arbeitsentgelt von durchschnittlich 120-150 Euro, wovon noch der Kostenbeitrag für die Unterbringung abgezogen wird, sind 70 bzw. 35 Euro (letzteres bei schwerwiegend chronisch Kranken) relativ viel Geld. Wenn Herr Storm die Zuzah-

lungsbeträge auf das Jahr umlegt, so kommt pro Monat zwar ein geringer Betrag heraus, die Zuzahlungen müssen jedoch geballt am Jahresanfang geleistet werden und belasten den ohnehin schmalen Geldbeutel der Heimbewohner dann enorm. Kleine „Vergnügen“ wie Kino oder Kegelabende sind dann schon gefährdet. Wenn man bedenkt, dass diese „Einkommen“ nur eine Aufbesserung des Taschengeldes sein können und wenn man Diäten der Abgeordneten dagegen vergleicht, die nicht gekürzt werden, so kann man getrost sagen, dass die Reformen auf Kosten der sozial Schwachen ausgetragen werden.

Von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit kann man – wie Herr Storm es getan hat – nicht mehr sprechen. Eher ist man geneigt, bei den Reformen angesichts dieser Mini-Einkommen von Auswüchsen des Leistungssystems zu reden.

Der Zusatzbarbetrag, den die Heimbewohner bisher noch erhalten und der eventuell jetzt wegfallen soll, beträgt immerhin monatlich ca. 40 Euro. Dieser fehlt zusätzlich in den Portemonnaies der Heimbewohner. Das schmerzt schon sehr. Wenn die Betroffenen dann sagen, dass man die beiden großen Parteien nicht mehr wählen kann, braucht man sich nicht zu wundern, wenn bei den Wahlen die Radikalen zunehmen und der soziale Frieden auf Dauer gefährdet wird.

*Manfred Ehlich*



## Sozialhilfe: Taschengeld für Heimbewohner bleibt unverändert, Zusatzbarbetrag erhält Bestandsschutz

**Anlässlich der ersten Beratung des Bundestagsausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung zum Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch, erklären die gesundheits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Erika Lotz, und der zuständige Berichterstatter, Rolf Stöckel:**

SPD und Bündnis 90/Grüne haben in den Bundestagsausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung gesetzliche Regelungen zum so genannten Taschengeld für sozialhilfeberechtigte Heimbewohner eingebracht. Damit wird klargestellt: Das früher so genannte Taschengeld, der Barbetrag, bleibt unverändert erhalten. Der Zusatzbarbetrag erhält einen Bestandsschutz.

Demnach sollen die bisherigen Sozialhilfeberechtigten in Heimen, die über ein eigenes Einkommen verfügen, den Anspruch auf einen Zusatzbarbetrag von maximal 44,50 Euro zusätzlich zum Barbetrag von bis zu 88,50 Euro behalten. Das gilt auch für diejenigen, die bis zum 31. Dezember 2004 in Einrichtungen, wie die stationäre Pflege, kommen. Der Barbetrag, den alle Sozialhilfeberechtigten in Heimen erhalten, bleibt unberührt.

Wer ab dem 1. Januar 2005 sozialhilfeberechtigter Bewohner einer stationären Einrichtung mit eigenem Einkommen wird, bekommt – wie alle anderen bisher – den Barbetrag, das früher so genannte Taschengeld. So wollen wir soziale Härten verhindern. Mit dieser Übergangslösung, wird die Gleichbehandlung von Sozialhilfeberechtigten in und außerhalb von Heimen, so wie sie von den Kommunen als Kostenträger gefordert worden ist, jetzt zeitlich gestreckt hergestellt.

Ferner wollen wir sicherstellen, dass die zuständigen Sozialhilfeträger finanzielle Überforderungen durch Zuzahlungen für Gesundheitsleistungen verhindern. Wir wollen die Sozialhilfeträger gesetzlich dazu zwingen, die Zuzahlungen bis zur Belastungsobergrenze ein ganzes Jahr zu strecken. Damit verhindern wir eine finanzielle Überforderung der sozialhilfeberechtigten Menschen.

Bei Sozialhilfeberechtigten ist die Zuzahlung für Gesundheitsleistungen auf monatlich ein Prozent bei Chronikern und zwei Prozent bei Nichtchronikern vom Eckregelsatz begrenzt. Aufwendungen für Gesundheitsleistungen, die nicht verschreibungspflichtig und medizi-

nisch begründet sind, werden nach Feststellung des Verbrauchs bei der Bemessung des Sozialhilfeeckregelsatzes berücksichtigt werden.

Es sei daran erinnert, dass die vorher geplante Streichung des Zusatzbetrages seinerzeit auf Forderung aller Bundesländer, der Kommunalverbände und maß-

geblicher Sozialhilferechterspezern von Bundestag und Bundesrat mit großer Mehrheit beschlossen worden ist. Nicht zu vergessen ist, dass CDU/CSU in den Verhandlungen weitaus schärfere Einschnitte gefordert haben.

**Quelle:** www.spdfraktion.de, vom 23. September 2004

Laut einer Pressemitteilung des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) hat der Bundesrat in der Sitzung am 5. November 2004 die Gesetzesinitiative des Bundestages vom 22. Oktober zur Änderung der Zuzahlungsregelung gemäß GMG für Sozialhilfeempfänger bestätigt.

Somit ist es jetzt amtlich, dass alle über die Sozialhilfe finanzierten Heimbewohner ab dem 1. Januar 2005 von ihren Krankenkassen die Befreiungsausweise für Zuzahlungen bei Medikamenten bereits am 1. Januar 2005 erhalten werden.

Die Sozialhilfeträger zahlen den je entsprechenden Zuzahlungsbetrag als Darlehen direkt an die jeweilige Krankenkasse, der Heimbewohner erstattet in monatlicher Ratenzahlung den Betrag an den Sozialhilfeträger. Die konkrete Abwicklung dieser Regelung wird durch die Sozialhilfeträger noch mitgeteilt.

Achtung: Selbstzahler sind von dieser Regelung bisher nicht erfasst! Für sie gilt das bisherige Verfahren. Gleichfalls bestätigt wurde vom Bundesrat, dass allen bereits heute in einem Heim lebenden Sozialhilfeempfängern auch zukünftig der ggf. gewährte Zusatzbetrag erhalten bleibt (Vertrauensschutz). Alle ab dem 1. Januar 2005 neu aufgenommenen Sozialhilfeempfänger werden hingegen nur noch den Grundbetrag erhalten.

## Krankenkassenreform - was hat sich verändert?

**10 Euro Praxisgebühr pro Quart - viele Patienten haben sie inzwischen zum vierten Mal in diesem Jahr gezahlt, in erster Linie natürlich Menschen, die wegen einer Langzeiterkrankung ständig medizinische Versorgung und Betreuung benötigen. Empörung und allgemeine Bekundung von Unmut, die ungerechterweise noch zu Beginn des Jahres hauptsächlich die Helferinnen in Arztpraxen trafen, haben sich scheinbar gelegt. Der öffentliche Protest gegen Praxisgebühr und Leistungskürzungen scheint verebbt.**

So konnte man es jedenfalls noch kürzlich in der Tagespresse lesen. Uns interessierte zu dem Thema Auswirkungen der Krankenkassenreform aber auch die Meinung der Arzthelfer, und Mitarbeiter in Apotheken, denn diese Berufsgruppen haben die Reaktionen der Betroffenen zu Beginn des Jahres ja praktisch „an vorderster Front“ erfahren.

### Tatsächlich weniger Andrang?

In den von uns befragten Arztpraxen konnte davon keine Rede sein. Die Helferteams zweier Allgemeinarztpraxen konnten einstimmig berichten, dass nach wie vor bei der Anmeldung geschimpft wird. Ein Praxisteam verbucht es schon als Erfolg wenn ihre Patienten inzwischen begriffen haben, dass die Praxisgebühr nicht in die Tasche des Arztes oder in die Kaffeekasse der Mitarbeiter fließt. Bis es soweit war, ergingen sich manche Patienten sogar in wüsten Beschimpfungen, die sich natürlich in erster Linie die Arzthelferinnen anhören mussten. Jetzt wird schon mal gelegentlich gewitzelt nach dem Motto: „Davon geht ihr heute Abend wohl

einen trinken“. Aber auch wenn dies nett oder scherzhaft gemeint ist, kann man leicht nachvollziehen, wie mühsam einer Arzthelferin das Lächeln fällt, wenn sie diesen Spruch gerade zum x-ten Mal an diesem Tag gehört hat. Dann gibt es noch die Gruppe der Patienten, die so tun, als wüssten sie von nichts. Arglos schieben sie ihr Versichertenkärtchen über den Tresen und tun dann ganz erstaunt über die Aufforderung, 10 Euro zu entrichten. Weniger Zulauf verzeichneten bisher weder die Allgemeinärzte, noch die beiden von uns befragten psychiatrischen Facharztpraxen. Es gibt wohl auch immer noch die Gruppe Patienten, die wegen einer Kleinigkeit zum Arzt geht, und gerade ältere, alleinstehende Menschen zahlen auch die Praxisgebühr, weil ihnen das regelmäßige Gespräch wichtig ist. Bedauerlicherweise ist von der letzten Gruppe bekannt, dass der Arzt und seine Helferinnen wahrscheinlich die einzigen Menschen sind, die ihnen regelmäßig zuhören.

### Was nicht mehr verordnet werden darf, wird auch nicht mehr verschrieben

Klar, dass viele Leute deshalb direkt zum Apotheker gehen statt zum Arzt und sich selber kaufen, was nicht verordnet werden darf. Eine Angestellte einer Apotheke konnte uns berichten, dass inzwischen einige Kunden unermüdlich um den Verkauf verschreibungspflichtiger Medikamente bitten, um die 10 Euro Praxisgebühr - zusätzlich zum Eigenanteil - zu umgehen. Da dies nicht möglich ist, gibt es auch in der Apotheke oft Unmut und Geschimpfe, zumal auch hier die Meinung vorherrscht, der Apotheker würde sich die sprichwörtliche goldene Nase verdienen. Dabei ist der Verdienst des Apothe-

kers jetzt festgeschrieben und steht nicht mehr, wie vor dem 1.1.04, prozentual zum Preis des verkauften Medikaments. Ob es sich um eine Tube Rheumasalbe oder ein teures Neuroleptikum handelt, die Apotheke verdient das Gleiche. Die nächste Apotheke, die wir zwecks Befragung aufsuchten, konnte diese Erfahrung nicht bestätigen. Unmutbekundungen hat es hier keine gegeben, möglicherweise, weil es sich hier fast ausschließlich um Stammkundschaft handelt.

### Es gibt dennoch Fälle Sozialer Härte

Auch wenn niemand mehr als 10% Zuzahlung leisten muss, ist die Belastung für die Patienten gestiegen. Es gibt weniger Befreiungen, viele Medikamente dürfen nicht mehr verordnet werden, dazu kommen 10 Euro Praxisgebühr pro Quartal. Nicht verordnet werden darf, was nicht verschreibungspflichtig ist. Dazu zählen beispielsweise Hustenmittel, Allergiemittel, Medikamente gegen Magenerkrankungen, aber dies ist in anderen europäischen Ländern schon lange üblich. Bei uns ist der Umsatz dieser Medikamentengruppe seit der Krankenkassenreform deutlich rückgängig. Nach Aussagen eines Apothekers wurden im Lauf dieses Jahres bisher zwei Milliarden Euro im Arzneimittelbereich eingespart. Bis Ende letzten Jahres, so erfuhren wir bei unseren Recherchen, waren rund 50% der Bundesbürger von Zuzahlungen befreit. In Anbetracht der leeren Kassen ist dies eine sehr hohe Zahl, und sicherlich ist es unrealistisch, dass 50% der Bundesbürger nicht in der Lage sind, ihren Eigenanteil zu entrichten. Jetzt sieht es so aus, dass es durchaus Menschen gibt, die auf Medikamente verzichten, die sie zusätzlich zu Eigenanteil und Quartalsgebühr noch selber zahlen müssen, auch wenn

die Lebensqualität darunter leidet, ganz einfach weil sie es sich nicht leisten können. Füllen besonderer Härte begegnet der Apotheker auch im Altenheim, mit dem er kooperiert. Dabei sieht er das ursächliche Problem eindeutig in der mangelnden Zahl der Beitragszahler. Die Gesundheitsreform geht seiner Einschätzung nach zu Lasten der Beratungsleistung durch den Apotheker. Die Menschlichkeit kommt mal wieder zu kurz.

### Kostenbewusstsein hat sich gebessert

Langsam, sehr langsam wird das Bewusstsein trainiert, was Arzneimittel kosten, seit wesentlich tiefer in die eigene Tasche gegriffen werden muss. Eine Apothekenmitarbeiterin berichtet, dass die Kunden inzwischen häufiger nur das abholen, was sie auch wirklich brauchen, und auch schon mal erst in der Hausapotheke nachschauen. Auch angebrochene Packungen landen seltener im Apothekenmüll, sondern werden aufbewahrt, um eventuell in späteren Krankheitsfällen noch Verwendung zu finden. Auch wenn dieser Bewusstseinswandel noch lange reifen muss, so ist es doch eine erfreuliche Tatsache, dass er zumindest in Gang gekommen ist. Vielleicht mag dazu beitragen, dass auch viele Billigmedikamente inzwischen teurer geworden sind, teure, verschreibungspflichtige Medikamente dagegen billiger. Der Apotheker hat dadurch keinerlei Vorteile, seit die Arzneimittelpreisverordnung umgestellt wurde, verdient er pro verkaufte Packung immer den gleichen Anteil.

Möglich, weil erlaubt, wäre ein Handel mit freiverkäuflichen Medikamenten. Frei nach dem Motto: Sommerangebote bei Grippemitteln! Die Apotheker lehnen dies bisher rundweg ab. Wir können nur hoffen, dass dies auch so bleibt

Marion Weber

## Doppeltes Jubiläum

Zwei leitende Mitarbeiter der Barmherzigen Brüder Schönfelderhof in Zemmer begingen kürzlich ihr 25-jähriges Dienstjubiläum: Der Kaufmännische Direktor Fred Olk steht seit 1979 in Diensten der Caritas, während Albert Mandler, Leiter der Gemeindepsychiatrischen Angebote seit der gleichen Zeit bei den Barmherzigen Brüdern arbeitet. In der letzten Geschäftsbereichssitzung würdigte der Geschäftsführende Vorstand Günter Mosen die beiden Jubilare für die langjährige gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bereits in seiner Zeit als Leiter der Abteilung „Einrichtungen“ beim Diözesancaritasverband Trier hatte Olk engen Kontakt zu den Barmherzigen Brüdern. „Seit den frühen 80er Jahren war Fred Olk stark in die Strukturveränderungen bei der Betreuung behinderter Menschen eingebunden“, so Mosen. Nach mehrmonatiger Tätigkeit im Brüderkrankenhaus Trier übt Olk seit 1988 die Funktion des Kaufmännischen Direktors auf dem Schönfelderhof aus.

In seiner Laudatio würdigte Mosen das hohe Engagement seines fachkundigen und loyalen Mitstreiters: „Weitere positive Merkmale sind Ihre Diskussionsfreudigkeit und ihre Hartnäckigkeit, Probleme zu vernünftigen Lö-

sungen zu führen.“ Albert Mandler begann 1979 seinen Dienst als Sozialarbeiter im Trierer Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, bevor er 1983 auf den Schönfelderhof wechselte. In seiner

Position als Wohnbereichsleiter leistete Mandler einen erheblichen Beitrag bei der Umstrukturierung der vollstationären Einrichtung zu einem zeitgemäßen Dienstleistungszentrum für behinderte Menschen. „Ihr fachliches Engagement zum Wohl der Menschen mit Behinderungen sowie Ihr Elan und Ihre Diskussionsbereitschaft zeichnen Sie besonders aus“, würdigte Mosen das Wirken Mandlers und hob seine Loyalität zu Einrichtung und Träger besonders hervor.

Mosen überreichte den beiden einen Blumenstrauß und ein Präsent mit der Bitte, die bisherige gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit fortzusetzen.



Von links: Günter Mosen, Fred Olk, Albert Mandler und der Hausobere des Schönfelderhofes

# Nichts über uns – ohne uns

# Special Olympics Deutschland Johannes Tierbach gewinnt



## Leitlinien zur Mitwirkung, Mitbestimmung und Selbstbefähigung für Menschen mit Beeinträchtigungen in den Einrichtungen des Barmherzige Brüder Trier e.V.

In den Einrichtungen des Barmherzige Brüder Trier e.V. steht der Mensch als Ganzes mit seinen Wünschen und Bedürfnissen im Mittelpunkt.

In Orientierung an den personenzentrierten Ansatz werden die Klienten (Menschen mit Beeinträchtigungen, Betreute und Beschäftigte der Werkstätten) unterstützt, ihr eigenes Lebensumfeld eigenverantwortlich zu gestalten und an Prozessen in den Einrichtungen mitzuwirken.

Um die Mitwirkung, Mitbestimmung und Selbstbefähigung der Klienten in unseren Einrichtungen zu stärken und zu sichern, wurden diese Leitlinien in gemeinsamer Arbeit von Klienten und Mitarbeitern der Einrichtungen der Barmherzigen Brüder in Rilchingen, Safig und auf dem Schönfelderhof entwickelt.

Dem Barmherzige Brüder Trier e.V. als Träger ist die Einbeziehung der Klienten in allen Belangen ein großes Anliegen. Um diesem Ausdruck zu verleihen, vergab er den Auftrag diese Leitlinien zu entwickeln. Die Leitlinien enthalten Definitionen, stellen Rahmenbedingungen und Umsetzungsmöglichkeiten vor. Sie sind zukünftig umzusetzen.

Die Leitlinien enthalten Definitionen, stellen Rahmenbedingungen und Umsetzungsmöglichkeiten vor. Sie sind zukünftig umzusetzen.

Die Leitlinien enthalten Definitionen, stellen Rahmenbedingungen und Umsetzungsmöglichkeiten vor. Sie sind zukünftig umzusetzen.



Von Links: Brigitte Göbel, Peter Frick, Alfred Wustrau, Margarete Weimann, Alexander Nötzel, Birgit Dedlow, Gerhard Grey, Willi Stein, Elmar Martini, N.N., Günter Mosen



*Erwin Krämer gratuliert Johannes Tierbach für seine außergewöhnlichen Leistungen.*

**GPBZ Prüm.** Die diesjährigen Special Olympics Deutschland fanden vom 14. Juni -18. Juni in Hamburg statt und erstmalig nahmen auch psychisch kranke Menschen daran teil. Einer von ihnen war Johannes Tierbach vom GPBZ Prüm, der gemeinsam mit vier weiteren Mitarbeitern der EuWeCo (Europäische Werkstätten Co-operation), gleich in zwei Disziplinen antrat. Zum Einen im 50 Meter-Lauf, bei dem er die Bronze-Medaille errang und zum Zweiten im Kugelstoßen,

bei dem er als Krönung seiner Leistung die Silber-Medaille erringen konnte. Johannes wurde nach seiner Rückkehr im GPBZ Prüm gebührend empfangen und im Beisein seiner Mitbewohner wurde ihm als Geschenk ein DVD-Player überreicht. Zu dieser besonderen Leistung gratulieren alle nochmals recht herzlich und wünschten Tierbach viel Freude an seinem Geschenk und weiterhin viel Spaß am Sport.

*Erwin Krämer*

## The winner is ...

### Margarete Weimann

Sie lebt auf dem Schönfelderhof in der Wohngruppe St. Franziskus.

Im letzten Bilderrätsel erkannte sie die gesuchte Person: Christine Reich.

Herzlichen Glückwunsch zum Gewinn eines Einkaufsgutscheines für den Schönfelder Hofladen.



### Die Redaktion

*Es wird ein Licht kommen in unsere Zeit*

*Draußen herrscht der kalte und unerbittliche Winter.  
Bei einer Schneeballschlacht erfreuen sich die Kinder.  
Und doch ist es eine recht dunkle Jahreszeit.  
Bis Weihnachten ist es nicht weit.*

*Es wird ein Licht kommen in unsere Zeit.  
Das Christkind teilt mit uns Freud und Leid.  
Für die guten Kinder steht schon ein Geschenk bereit.  
Bei den bösen Kindern weiß schon Knecht Ruprecht Bescheid.*

*Maria und Josef machten sich auf den Weg nach Betlehem.  
Dort sollten alle das Christuskind sehen.  
Mitten in einer dunklen Zeit kommt ein Licht.  
Vergessen wir unseren Messias nicht.*

*Es wird ein Licht kommen in unsere Zeit.  
Das Christkind teilt mit uns Freud und Leid.  
Für die guten Kinder steht schon ein Geschenk bereit.  
Bei den bösen Kindern weiß schon Knecht Ruprecht Bescheid.*

*In Betlehem suchten Maria und Josef eine Herberge für die Nacht.  
Doch nirgendwo war Platz, das hatten sie nicht gedacht.  
Nur ein Stall mit zwei Kühen, einem Esel und ein paar Schafen.  
Das Christkind musste also in der Krippe schlafen.*

*Es wird ein Licht kommen in unsere Zeit.  
Das Christkind teilt mit uns Freud und Leid.  
Für die guten Kinder steht schon ein Geschenk bereit.  
Bei den bösen Kindern weiß schon Knecht Ruprecht Bescheid.*

*Ein Engel ist den Königen erschienen und brachte ihnen die frohe Botschaft.  
Es ist geboren der Messias, die gute Kraft.  
Folgt dem Sternenlicht, er führt euch zu dem neuen Licht.  
Jesus, Gottes Sohn, so sagt es das höchste Gericht.*

*Es wird ein Licht kommen in unsere Zeit.  
Das Christkind teilt mit uns Freud und Leid.  
Für die guten Kinder steht schon ein Geschenk bereit.  
Bei den bösen Kindern weiß schon Knecht Ruprecht Bescheid.*

*Die drei Könige folgten dem Weihnachtsstern,  
der leuchtet am Himmel von nah und fern.  
Sie machten dem Christkind die Geschenke gern  
Und knieten nieder und dankten dem Herrn.*

*Es wird ein Licht kommen in unsere Zeit.  
Gottes Geschenk steht für alle bereit.  
Gott ist bei uns voller Güte und Barmherzigkeit.  
Jedes Jahr wird kommen ein Licht in unsere Zeit,  
denn durch den neuen König ist Gott auch heute uns allen zur Hilfe bereit.*

Thomas Lenz

## SCHÖNFELDER JUBILARE: 10. 15 UND 25 JAHRE

### **WEBER MARION**

Eintritt: 1. März 1994  
GPBZ Bitburg

### **Eckel Iris**

Eintritt: 1. Mai 1994  
St. Elisabeth

### **HEID KLARA**

Eintritt: 1. Juni 1994  
Wäscherei

### **ROSEMANN ANNELIESE**

Eintritt: 1. Juni 1994  
Wäscherei

### **MERTES GERD**

Eintritt: 1. Juli 1994  
Bäckerei

### **OLK DANIEL**

Eintritt: 1. Dez. 1994  
Wohnangebote Trier

### **SCHÄFER HEINZ**

Eintritt: 1. Januar 1989  
Buchhaltung

### **STARK URSULA**

Eintritt: 20. März 1989  
Buchhaltung

### **STOZEK NORBERT**

Eintritt: 1. April 1989  
Abt.-Leiter Region Eifel

### **ZAHNEN JUTTA**

Eintritt: 1. August 1989  
Wohnangebote Fidei

### **OTTEN MARGRET**

Eintritt: 1. Oktober 1989  
St. Elisabeth

### **WALLENBORN ROMAN**

Eintritt: 1. Nov. 1989  
Elektromontage

### **SCHNEIDER MARIANNE**

Eintritt: 15. Juni 1984  
St. Aloisius

### **MANDLER ALBERT**

Eintritt: 1. Oktober 1979  
Leiter GPA



# Leserbrief

**Sehr geehrte Redaktion,**

nach einem meiner häufigen Besuche in Ihrem Hofladen lief mir nicht nur wieder einmal wegen der herrlich anzuschauenden und duftenden Waren das Wasser im Mund zusammen, sondern es kam auch aufgrund einer operanten Konditionierung klassischer Prägung analog Pawlow zu einer Blasenkontraktion, die durchaus mit meiner hypersensiblen apperzeptiven visuell-taktilen und neurolinguistischen Reizverarbeitungskompetenz in Zusammenhang zu sehen ist.

Aus diesem Grunde habe ich es mir gestattet – Ihr Einverständnis vorausgesetzt – eine Toilette zwecks Reizreduktion in Ihrem neuen Dienstleistungs- und Betreuungszentrum aufzusuchen.

Der Großteil der bundesdeutschen öffentlichen Toiletten zeichnet sich in punkto Ausstattung durch eine gewisse Reizarmut und auf das Wesentliche begrenzte Funktionalität aus. Dies war zunächst auch mein Eindruck von dieser Örtlichkeit, wobei ich dazusagen muss, dass besagter Ort auch den höchsten Anforderungen an Hygienestandards erfüllte (Nach meiner Erinnerung haben Sie ja auch ein Qualitätsmanagementsystem).

Was mich jedoch irritierte und meine Gedanken auch über das darauf folgende Wochenende hinweg beschäftigte, war die Installation eines Assecoirs seitlich der Toilettenschüssel etwa in Schulterhöhe (aus der Perspektive des Sitzenden betrachtet).

Diesbezüglich möchte ich Sie bitten, mir Zweck und Funktionsweise besagten Assecoirs mitzuteilen.

Hierfür bedanke ich mich recht herzlich

Ihr

**Prof. Dr. Dr. Karl Auh**

*Sehr geehrte Leser,*

*Die Redaktion des Schönfelder hat diesen Leserbrief zum Anlass genommen, die Frage an Sie weiterzugeben. Im folgenden finden Sie einige Fotos mit erklärendem Text. Teilen Sie uns die Ihrer Meinung nach richtige Lösung bis zum 1. April 2005 unter Angabe des Stichworts „Rätsel“ mit. Wir ermitteln aus den eingegangenen richtigen Antworten den Gewinner.*

*Zu gewinnen gibt es einen Warengutschein im Wert von 25 Euro, den Sie in einem unserer Hofläden einlösen können.*

*Redaktionsmitglieder und deren Angehörige sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Ebenso der Rechtsweg.*

*Viel Glück!*



**Lösungsvorschläge:**

- A: Telefon** - Telefonhalten für VIPs, die immer und überall erreichbar sein müssen
- B: Zeitung**: Zeitungshalter für diejenigen, die sich lange Sitzungen mit Lektüre verkürzen wollen
- C: Zigarette**: Aschenbecher für diejenigen, die sich nicht mehr trauen, sich in der Öffentlichkeit als Raucher zu outen
- D: Klobürste**: Klobürstenhalter für die Bequemen, damit diese nicht mehr hinter sich greifen müssen
- E: Getränke**: Getränkehalter für diejenigen, die während der Sitzungen ihre Peristaltik in Schwung bringen möchten
- F: Blumen**: Blumenvase für Ästheten

# Erweiterung des Gemeindepsychiatrischen Betreuungszentrums (GPBZ) in Hermeskeil

Seit 1998 leistet das GPBZ in Hermeskeil Hilfen zur Unterstützung von psychisch kranken Menschen im Hochwald. Mit dem GPBZ in Hermeskeil wurde erstmalig die Verzahnung der verschiedenen Hilfen im stationären, teilstationären und ambulanten Bereich, konzipiert und umgesetzt. Durch die wachsende Annahme der Betroffenen wurde die Räumlichkeit im Laufe der Jahre zu eng. „Sowohl in der Ergotherapie wie beim einnehmen des Mittagessens in der Tagesstätte gab es oft keinen freien Stuhl mehr.“, so ein Mitarbeiter der GPBZ. Zudem gab es bei Unwohlsein keine Möglichkeit, sich aus dem unruhigen Geschehen der Großgruppe zurückzuziehen.

So wurde im Jahr 2002 aufgrund der Bedarfsfeststellung und einer Zukunftsplanung ein Konzept mit weiteren notwendigen Therapie- und Funktionsräumen entworfen. Seit August 2004 kann der Erweiterungsbau mit einem Raucherraum, einem Ruheraum, einem Gruppenbesprechungsraum sowie einem weiteren Ergotherapieaum genutzt werden.

Ein weiterer Teil des Konzepts besteht darin, dem wachsenden Bedarf nach intensiv betreuten Einzelwohneinheiten nachzukommen. Hier erstellte der kooperierende Bauträger unmittelbar neben das GPBZ ein Wohngebäude, in dem drei Einzelappartements für diesen Bedarf zur Verfügung stehen. Diese innerhalb



Erweiterung des GPBZ Hermeskeil.

eines normalen Mietshauses integrierten Wohnungen sind zum Teil zur Ausgliederung aus dem stationären Bereich, wie auch für Menschen mit einem hohen Hilfebedarf zur Vermeidung der Aufnahme in den stationären Bereich, sprich Heim- oder Außenwohngruppe geplant. Das erste Appartement konnte im November bezogen werden.

Weber Roland

## Unsere Clique heißt Fanclub Mainz 05

**Fünf betreute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Schönfelderhofes treffen sich regelmäßig in ihrer Freizeit, um gemeinsam größere Vorhaben umsetzen zu können. Neben viel Spaß bei den verschiedensten Unternehmungen, tragen sie Werbeblättchen aus, zahlen in eine Urlaubskasse ein, sammeln Geld beim Fußball-Tipp und anderen Spielen.**

Wir haben drei verschiedene Kassen. Die eine heißt Mallorca-Kasse; die ist zum Sparen, um 2005 nach Mallorca zu fliegen. Die zweite Kasse ist die Cliquen-Kasse, in die jeder im Monat einen bestimmten Betrag einzahlt und aus der die Getränke für unsere Treffen finanziert werden. Außerdem gibt es die Fußballkasse; für die Erlöse aus den Fußball-Tipps. Jeder aus der Clique tippt für einen festen Verein (HSV, Bayer Leverkusen, Hertha BSC, BVB, Mainz 05). Je nach Ausgang der Spiele wan-

dert Geld in die Kasse oder an denjenigen, der den richtigen Tipp abgegeben hat. Jeden Monat wird eine bestimmte Summe aus der Cliquen- und der Fußballkasse in die Mallorca-Kasse einbezahlt.

Wir haben einiges geplant: Cliquen-Urlaub auf Mallorca 2005, Silvester 2005 in einer Hütte feiern. Dafür ist in den Kassen schon einiges zusammengekommen. Obwohl jeder von uns nicht viel Geld hat, sammelt sich beim regelmäßigen Zusammentragen von kleineren Beträgen ein schönes Sümmchen an.

Das Wichtigste ist uns aber, dass wir soviel Zeit wie möglich in der Clique verbringen und viel gemeinsam unternehmen.

Die Clique: Silke Krebs, Inge van Bellen, Frank Hoor, Daniel Mottl, Jörg Reeske.

## Fußballnachrichten

### Schönfelder Fußballgruppe weiter auf Erfolgskurs



Fritz Walter Fussball-Tag

#### Endrundenturnier Rheinland-Pfalz/Saarland-Meisterschaften

Beim Fußball-Endrundenturnier der Rheinland-Pfalz/Saarland-Meisterschaften, das am 7. September 2004 in Kaiserslautern stattfand, belegte die deutlich ersatzgeschwächte Mannschaft aus Zemmer einen guten vierten Platz. Auf dem Gelände des Leistungszentrums Fröhnerhof spielten im Sportpark „Rote Teufel“ die Mannschaften aus Engers, Kastellaun, Koblenz, Ludwigshafen, Neunkirchen, Püttlingen, Trier und Zemmer auf dem Kleinfeld (d.h. mit je sieben Spielern) gegeneinander. Veranstaltet wurde das Turnier in Kooperation mit der LAG WfbM Rheinland-Pfalz, dem 1. FC Kaiserslautern, dem Südwestdeutschen Fußballverband und dem Behindertensportverband Rheinland-Pfalz.



Der Deutsche Meister aus Rheinland-Pfalz

#### Mit der Rheinland-Pfalz-Auswahl Deutscher Meister

Frank Hoor und Patrick Bohr waren auch in diesem Jahr bei der Länderauswahl der Werkstätten für die Mannschaft aus Rheinland-Pfalz gemeldet. Leider konnte Patrick Bohr krankheitshalber nicht an den Spielen teilnehmen. Anfang Juni traten in Duisburg die besten Spieler aus Rheinland-Pfalz gegen sechs Mannschaften aus dem übrigen Deutschland an. Rheinland-Pfalz wurde Deutscher Meister, mit sieben von insgesamt 22 Treffern der Rheinland-Pfälzer konnte Frank Hoor zudem als Torschützenkönig vom Platz gehen.

#### Hallenturnier der A-Klasse in Idar-Oberstein

Vom 15.-16.11.04 findet in Idar-Oberstein das mit 8 Mannschaften besetzte Hallenturnier der A-Klasse statt. Da unsere Mannschaft erst letztes Jahr in diese Klasse aufgestiegen ist, wird dem Turnier schon jetzt entgegengefeuert und das Training auf dieses Ereignis abgestimmt.

#### Ziele für die nächste Saison

Als Ziele für das nächste Jahr haben sich Trainer Frank Hoor und die Fußballer vom Schönfelderhof die erneute Qualifikation für das Endturnier sowie den Klassenerhalt beim Hallenturnier vorgenommen. Die gesamte Mannschaft möchte sich bei Jochen Stark, ehemaliger Zivildienstleistender des Schönfelderhofes, bedanken, der gut ein Jahr lang beim Training, bei Spielen in Zemmer und auswärts sowie auf etlichen Turnieren mit dabei war und auf den sich die Schönfelder immer verlassen konnten.

Ulrike Schmid

## Umzug der Beruflichen Bildung ins DBZ

Die ersten Planungen für den Umzug der Beruflichen Bildung in das Dienstleistungs- und Betreuungszentrum begannen frühzeitig. Wegen der zahlreichen Maschinen aus Metall- und Holzwerkstatt und der neuen Absauganlage für die Schreinerei, sollten wir die Ersten im Neubau sein. Allerdings zog sich das Vorhaben dann über den ganzen Sommer hin, weil einige Arbeiten am Gebäude noch nicht fertiggestellt waren.



Wohin mit den Kisten?

Kabel und Bodenbeläge mussten noch verlegt und Lieferfristen verlängerten sich. Fehler bei der Versiegelung der PVC-Böden zogen zusätzliche Umräum- und Putzeinsätze mit nach sich. Dank der Mitarbeit aller betreuten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Praktikanten in der Beruflichen Bildung sind wir inzwischen in den neuen Räumen angekommen. Bis dahin mussten wir über viele Wochen mit dem Abbau von Maschinen und Möbelstücken, Packen von Kisten, dem Transport sperriger und schwerer Ladungen mit Stapler und zu Fuß, dem Aufbau in den neuen Räumen, Auspacken und Einräumen, diversen Putz-, Wiederaus- und Wiedereinräumaktionen, aber vor allem mit Improvisieren, abwarten. Mittlerweile sind wir in den neuen Räumlichkeiten angekommen. Manches muss noch neu organisiert werden, aber wir sind auf einem guten Weg und freuen uns insbesondere über die gute Zusammenarbeit mit der Ergotherapie.

Ulrike Schmid



Jeder Umzug ist körperliche Schwerstarbeit.

### Wir sind auf dem Stand der Zeit

# Einweihung des Dienstleistungs- und Betreuungszentrum (DBZ)

## 12. November: Ansprache von Fred Olk, Kaufmännischer Direktor des Schönfelderhofes:

Das Gebäude, dessen kirchliche Einsegnung Prälat Franz-Josef Gebert heute dankenswerterweise vorgenommen hat, kann nun seiner endgültigen Bestimmung übergeben werden.

Damit erfüllt sich ein lange gehegter Wunsch von Mitarbeitern und Betreuten nach zeitgemäßen und modernen Arbeitsmöglichkeiten.

Doch zunächst möchte ich kurz auf die Vergangenheit eingehen:

An dieser Stelle, wo wir heute stehen, stand ja bereits ein Gebäude, wie die meisten von uns wissen und das die meisten von uns kannten. Es stammte aus dem Beginn der sechziger Jahre und war sicherlich zu seiner Zeit wegweisend. In dem Gebäude wurden damals 120 Behinderte betreut, es gab Sozialräume und später auch eine kleine Gaststätte, die Bernhardsklausen, sozusagen ein früher „Offener Treff“ in der erstmals auch Kontakte nach außen gepflegt wurden.

Vierzig Jahre sind seit dem vergangen und vieles hat sich geändert. Schon lange war klar, dass mit der neuen Zielsetzung des Schönfelderhofes der vorhandene Altbaubestand nicht mehr sinnvoll genutzt werden konnte. Es stand daher die Entscheidung an, was mit dem Gebäude zu tun ist. Trotz der vielen Mängel – lange Flure, unzureichende sanitäre Anlagen usw. – hängt man doch immer irgendwie an etwas, das einem vertraut ist. Und sei es nur ein Gebäude! Das liegt an der Erinnerung, die Menschen mit Sachen verbindet. Und deshalb stand zunächst auch einmal der Gedanke der Sanierung im Vordergrund.

Heute beglückwünschen wir uns selbst und auch den Träger, der diese Entscheidung mitgetragen hat, zu der Ablehnung des Sanierungsvorschlags und zu der Entscheidung der Neubauerstellung. Unsere Erinnerung an den Altbau werden verblassen, wenn wir uns heute gemeinsam die neuen Räumlichkeiten ansehen werden. Dieser Neubau soll auch dokumentieren, dass wir eine neue Sichtweise in der Betreuung haben, die durch Transparenz und Offenheit geprägt ist, und die den von uns betreuten Menschen in den Vordergrund rückt.

„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen.“ Dieses wunderschöne Zitat stammt aus Schiller`s Wilhelm Tell und trifft genau den Kern.

Unsere Ergotherapie, die jahrzehntelang provisorisch im Keller des Altbaues untergebracht war, hat nun endlich ihr angemessenes Domizil. Die Berufliche Bildung der St. Bernhards-Werkstätten, die in ehemaligen Stallungen

der alten Landwirtschaft untergebracht war, findet ebenfalls nun in diesem Erdgeschoss ihr Zuhause.

Auf der oberen Etage werden Sie feststellen, dass Sozialarbeiter und Pädagogen mit Kaufleuten und Verwaltungsmitarbeitern zusammenarbeiten. Verwaltungsarbeitsplätze für betreute Werkstattbeschäftigte wurden geschaffen. Mehrere Wohnappartements für Betreute wurden in das Gebäude integriert.

Das Gebäude versinnbildlicht somit auch den Schönfelderhof als Einheit, als eine Einrichtung des Barmherzige Brüder Trier e.V., die Behindertenarbeit als ganzheitliche Aufgabe versteht und nicht im Schachteldenken von Institutionen verwurzelt ist.

Die institutionalisierten Begriffe wie Wohnheim, Werkstatt, Tagesstätte, Verwaltung, Ergotherapie usw. finden sich alle in diesem Gebäude aufgelöst zu einer Einheit wieder.

Ist das die Zukunft?

Wir wissen es nicht!

Wer weiß das schon in der heutigen Zeit?

Wir wissen aber genau das, was unsere Vorgänger vor 40 Jahren auch schon wussten:

Wir sind auf dem Stand der Zeit!

Dies ist auch ein Markenzeichen unseres Trägers: Auf dem Stand der Zeit zu sein, den Wechsel aktiv mitzugestalten, das Neue aktiv anzunehmen, dem Alten nicht nachzutruern.

Und in diesem Sinne werden wir auch diejenigen verstehen, die in 40 Jahren (oder eher früher) hier stehen und die die gleiche Rede sinngemäß noch einmal halten. Möglicherweise hört sich dies dann so an: An dieser Stelle, wo wir heute stehen stand einmal ein Gebäude aus dem Anfang des 21. Jahrhunderts, was sicherlich zu seiner Zeit wegweisend war, wie damals ein gewisser Fred Olk in seiner Eröffnungsrede betonte. Aufgrund der neuen Zielsetzung des Schönfelderhofes war aber schon lange klar, dass der vorhandene Altbaubestand keiner sinnvollen Verwendung zugeführt werden konnte usw. ...

Wer hat Recht? Meine Damen und Herren.

Alle haben sie Recht.

Die vor 40 Jahren.

Die heute.

Und die in 40 Jahren.

Es kommt nur darauf an, auf der Höhe der Zeit zu sein. Sonst geht man unter.

In diesem Sinne wünsche ich allen, die in diesem Hause leben und arbeiten, dass sie sich hier wohlfühlen und optimistisch und vorwärts gewandt ihre Zukunft sehen, und dass sie alle Veränderungen, die die Zukunft bringt, aktiv angehen.

Das neue Dienstleistungs- und Betreuungszentrum.



Prälat Franz-Josef Gebert zelebrierte den Gottesdienst. Vor dem Altar wurde sinnbildlich das DBZ errichtet.



Segnung der Kreuze.



Fred Oik bei seiner Ansprache.



